

POLITIK

AUSLAND

NATO

Staaten der Allianz einigen sich auf mehr Kooperation
Die 28 Nato-Staaten verpflichten sich angesichts knapper Kassen zu mehr und engerer Zusammenarbeit bei großen Rüstungsprojekten. Dies sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen nach Beratungen der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel. „Trotz der finanziellen Zwänge müssen wir stark genug für die Sicherheits Herausforderungen der Zukunft bleiben.“ Offizielle Beschlüsse sollen von den Staats- und Regierungschefs beim Nato-Gipfel am 20./21. Mai in Chicago getroffen werden. Die „neue Kultur der Zusammenarbeit“ bedeute, dass Zusammenarbeit „das Mittel der ersten Wahl und nicht der letzte Ausweg“ sein solle. „Wir werden dann eine Reihe von Verpflichtungen und Maßnahmen für ein neues Herangehen beschließen, das wir Smart Defence (Kluge Verteidigung) nennen“, sagte Rasmussen. Zum Bereich Smart Defence zählt die Nato die Raketenabwehr für Europa, aber auch die Überwachung des Luftraums baltischer Staaten durch die Luftwaffen anderer Verbündeter. Ein gemeinsames Großprojekt ist auch die Bodenüberwachung durch unbemannte Flugzeuge. Sie soll 2016 funktionieren, die Beschaffung von fünf US-Spezialflugzeugen kostet etwa eine Milliarde Euro.

UNGARN

Regierungschef Orbán kommt der EU entgegen

Die ungarische Regierung hat Änderungen an einem umstrittenen Gesetz vorgelegt, das nach Ansicht der Europäischen Union die Unabhängigkeit der Zentralbank einschränkt. Der Entwurf mit Änderungen an „mehreren“ der von der EU beanstandeten Punkte sei in der Nacht zum Mittwoch dem Parlament zugegangen, erklärte das Wirtschaftsministerium in Budapest. Eine Kopie sei auch Brüssel übermittelt worden. Den Angaben zufolge sind damit die Pläne vom Tisch, dass ein Regierungsvertreter an Sitzungen des geldpolitischen Rats der Bank teilnimmt und der Regierung die Tagesordnung übermittelt werden soll. Auch solle die geplante Fusion der Notenbank mit der Finanzmarktaufsicht PSZAF gestrichen werden, hieß es.

DAS PORTRÄT



Der dümmste Taliban

Wie verlockend 100 Dollar sein können, wurde vergangene Woche auf anschauliche Weise in der afghanischen Provinz Pakтика deutlich. Die örtlichen Behörden wurden von einem Afghanen aufgesucht, der – so machte es den Anschein – den Sicherheitskräften ein wenig unter die Arme greifen wollte. Mit einem Steckbrief ausgestattet, verwies der Mann auf das Porträt des Gesuchten und forderte stolz die ausgeschriebene Belohnung ein. Die Geschichte wäre wohl keine Erwähnung wert, hätte das Bild nicht eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem dahinter stehenden Mann aufgewiesen. Nach einem Abgleich der biometrischen Daten bestätigte sich, was die irritierten Mitarbeiter nur schwer glauben konnten: Der Afghane tätigte eine Selbstanzeige. Diese an sich vorbildliche Tat beruhte jedoch nicht auf einem reuevollen Sinneswandel. **Mohammed Aschan** war lediglich gekommen, um die auf ihn eigens ausgesetzte Belohnung einzustreichen. Aschad, ein Taliban der mittleren Führungsebene, wurde als Drahtzieher zweier Angriffe auf US-Truppen gesucht. Der mutmaßliche Anführer einer Gruppe von Taliban-Kämpfern habe, so der Vorwurf, mehrere Sprengstoffanschläge organisiert. Einem Bericht der „Washington Post“ zufolge ging sein Plan jedoch nicht auf: Der geständige Taliban wurde umgehend festgenommen. Öffentliche Fahndungen sind in Afghanistan selten von Erfolg gekrönt. Zu groß ist die Angst vor Vergeltung im Falle einer Kooperation mit den Sicherheitskräften. Auf eine diesbezügliche Trendwende wollen die Behörden aber nicht vertrauen. Sie kommen vielmehr zu einem anderen Ergebnis: „Dieser Mann war ganz klar ein Schwachkopf.“ *Raphaella Queck*

Breivik will Freispruch oder Todesstrafe

Der Zwiespalt des Angeklagten: Er will ernst genommen werden, hat aber schon in seinem „Manifest“ gelogen

- Im Gerichtssaal hören dem Attentäter die Juristen nicht zu, sondern analysieren und sezieren seine Aussagen
- Staatsanwältin Inga Bejer Engh entlarvt die Aussagen des Massenmörders und treibt ihn immer mehr in die Enge

PER HENRICHSEN
IN OSLO

Es sind nur wenige Meter, die Staatsanwältin Inga Bejer Engh im Saal 250 des Osloer Gerichts vom Angeklagten trennen. Doch als die 41-jährige am Mittwochmorgen um kurz nach 9 Uhr mit dem Verhör von Anders Behring Breivik beginnt, wird klar, dass der Angeklagte und die Juristin auf verschiedenen Planeten leben.

Immer wieder fragt die Vertreterin der Anklage nach Details des angeblichen „Tempelritterordens“, den Breivik in seinem „Manifest“ beschreibt. Immer wieder antwortet Breivik schmalzlipig: „Dazu möchte ich nichts sagen.“ Und während die Staatsanwältin ihn weiter in die Enge treibt, wirkt der sich stets kontrolliert gebärende Attentäter zunehmend nervös, weicht aus, gibt sogar zu, in seinem „Manifest“ gelogen und übertrieben zu haben.

Bereits am dritten Tag gerät Breiviks Verteidigungsstrategie auf solche Weise ins Wanken. Denn wenn Engh und ihr Kollege Svein Holden die Details aus der 1500-Seiten Schrift auf ihre Plausibilität abklopfen, gerät Breivik sofort in einen Zwiespalt. Gibt er zu, hier und da geschwindelt zu haben – etwa bei der Beschreibung seines „Netzwerks“ aus „Rittern“ –, erreicht er zwar auf der einen Seite womöglich sein Ziel, für zurechnungsfähig gehalten zu werden. Dann gäbe es den „Orden“ für die „Rettung Europas“ eben nicht – und er hätte sich lediglich zu einem Ritter in Phantasieuniform aufgespielt. Mehrfach teilte der Angeklagte bereits mit, auf keinen Fall in der Psychiatrie landen zu wollen.

Auf der anderen Seite aber möchte Breivik sich als politischen Attentäter inszenieren, der nicht weniger als die Rettung des Abendlandes vor Marxisten und Islamisten auf der Agenda hat. Lässt er sein politisches Vermächtnis von den Staatsanwälten sezieren und zerpfücken, drohen seine rechtsextremen politischen Motive als wertlose Hülsen entlarvt zu werden, die er nur in die Welt gesetzt hat, um seinen Wunsch nach Aufmerksamkeit und Bedeutung zu camouffieren. Wenige Stunden vor den Anschlägen verschickte er seine Schrift an Tausende E-Mailadressen in aller Welt; das Dokument ist auch heute noch im Netz zu finden.

Es sieht also nicht gut aus für Breivik am dritten Tag des Prozesses. Zumal es an ihm zu nagen scheint, dass das „Manifest“, das doch zu einer Art Bibel für die Nationalisten Europas werden soll-



Der Angeklagte Anders Behring Breivik (r.) mit seinem Anwalt Geir Lippestad

te, nun von den Juristen als Quelle betrachtet und auf Stichhaltigkeit und Erkenntnisse abgeklopft wird. Hier wird nicht andächtig gelesen und diskutiert, hier wird ausgewertet.

Mit wem hatte er Kontakt, wo reiste er hin, wer gehört zu seinem Umfeld, sollte es eines geben? Das sind die Fragen, die die Staatsanwaltschaft immer wieder aufwirft. Breivik spürt, dass es eng wird. „Ich habe mehr erzählt als ich eigentlich wollte“, sagt er um eines andere Mal, oder: „Darüber will ich nicht sprechen“, und „Diese Information will ich nicht preisgeben.“ Es geht um Reisen nach Liberia, ins Baltikum und nach London, von denen er in seinem „Manifest“ berichtet hatte.

„Sie schreiben, dass mehrere Hundert Personen in Europa im Netzwerk geben soll. Wie sind Sie mit denen in Kontakt gekommen? Woher wissen Sie, dass es viele Hundert Personen gibt?“, fragt Engh.

„Das hat man mir erzählt“, antwortet Breivik.

„Wer hat Sie zum Tempelritter geschlagen? Waren Sie das selbst? Oder waren das andere?“

„Darüber möchte ich nicht sprechen.“ „Aber darüber schreiben Sie in Ihrem Manifest.“

„Ja, das hätte ich besser lassen sollen.“

„Sie beschreiben sich dort als eine sehr begabte Person. Sind Sie das?“, bohrt die Staatsanwältin weiter.

Breivik fragt zurück, was denn Enghs Absicht sei, warum sie versuche, ihn lächerlich zu machen. „Ich mache Sie nicht lächerlich, ich versuche, aufzuklären“, sagt sie.

Inga Bejer Engh gilt als erfahrene Staatsanwältin. Nach ihrem Studium arbeitete sie bei den Vereinten Nationen in New York, anschließend bei der Staatsanwaltschaft im Osloer Vorort Drammen. Sie schickte Mörder, Drogendealer und Räuber ins Gefängnis und wirkt von Breivik ganz und gar nicht beeindruckt. Mit kristallklarer Stimme liest sie am ersten Tag die Todesursachen aus den Obduktionsberichten vor, referiert nüchtern, wie Kugeln in Gesichtern und Körpern eindringen, Organe und Hirne zerstören. Als ein Journalist sie auf dem Flur fragt, ob sie das Vorlesen vorher geübt hat, um nicht

emotional überwältigt zu werden, antwortet sie: „Ich bin nicht emotional, ich habe einen Job zu machen.“ Mit dieser präzise auftretenden Frau hat es Breivik zu tun. Und möglicherweise findet er in ihr seine Meisterin.

Jedenfalls kommt er erkennbar nicht mit ihr klar. Breivik beschwert sich, dass gerade die „schlecht geschriebenen“ Passagen zitiert werden, es sei doch nur eine „Kladde“, und er habe keine Zeit gehabt, diese zu redigieren. „Vieles was ich geschrieben habe, hört sich jetzt ziemlich lächerlich an“, gibt er zu – und begibt sich genau in die Klemme, in die ihn die Anklage treiben möchte. Als er Engh unterbrechen will, schneidet sie ihm das Wort ab. „Jetzt rede ich aus, Breivik.“

„Sie wollen mich lächerlich machen.“ „Ich will Sie nicht lächerlich machen, das Gericht muss entscheiden, ob es das Netzwerk gibt oder nicht, um mich als Person geht es hier nicht.“

„Wir wollen Norwegen und Europa befreien.“ In die Ecke gedrängt, flüchtet Breivik sich in das ominöse „Wir“, die Gemeinschaft seiner nationalistischen Freunde, von denen niemand weiß, ob es sie gibt.

Gesinnungsgenossen hat er jedenfalls da draußen. Hunderte Briefe hat er bekommen, stellen die beiden Psychiater in ihrem zweiten Gutachten fest. Auch der Gefängnisdirektor berichtet von einer „unglaublichen Menge Briefen“, darunter seien auch viele Heiratsangebote. Breivik behauptet, von seiner Zelle aus in Kontakt mit Anhängern in 20 Ländern zu stehen.

Einer, der sich als ein Anhänger zu erkennen gibt, ist der 23-jährige Amerikaner Kevin Forts. Er hat der norwegischen Zeitung „Verdens Gang“ ein Interview gegeben. Forts bezeichnet sich als „Brieffreund“ des Attentäters. „Was Breivik auf Utøya getan hat, zeigt, dass er ein rationaler nationalistischer Patriot ist, der sein Volk gegen den Islam, Multikulturalismus und Marxismus verteidigen will“, sagt Forts. Auch eine Facebook-Seite gibt es bereits, die den Massenmörder und seine Taten verherrlicht.

Ist Breivik also nicht als einziger wahnsinnig und unzurechnungsfähig? Oder gibt es einen fruchtbaren Boden für sein faschistisches Gedankengut?

Um diese Frage muss sich die Staatsanwaltschaft nicht kümmern. Engh und ihr Staatsanwaltskollege Svein Holden treiben Breivik weiter genüsslich vor sich her. Was mit seiner Reise nach Liberia sei?

„Kein Kommentar.“ „Im Polizeiverhör sagten Sie, dort einen Serben treffen zu wollen.“

„Dazu sage ich nichts.“

„Was ist eigentlich so schlimm daran, uns Dinge zu erzählen, die Sie bei der Polizei schon gesagt haben?“

„Ich möchte nicht zur Beweisführung beitragen, das ist nicht meine Aufgabe.“

„Was ist denn so gefährlich daran?“

„Sie wollen mich doch nur vorführen.“

„Nein, ich will die Sache aufklären“, sagt Engh.

„Sie versuchen, meine Erklärung zu delegitimieren“, erwidert Breivik. „Aber in meinem Manifest steht die Wahrheit.“

Doch da finden sich eben die Sätze, die ihn heute angreifbar machen: „Die Tempelritter repräsentieren die höchste militärische Autorität in diesem Land, weil wir die einzige militärische Kraft sind, die im Interesse unseres Volkes handelt.“ Was früher nur Verbal-Schmalz eines von sich eingenommenen Rechtsextrimeren war, liest sich heute wie die Steilvorlage für die Staatsanwaltschaft.

„Sind Sie ein perfekter Ritter?“ picket Inga Engh weiter.

„Ich habe mich nie als einen perfekten Ritter bezeichnet. Ich habe versucht, mich nach den Idealen zu strecken, die ich beschrieben habe.“

„Was fehlt denn dazu?“

„Eine ganze Menge, in verschiedenen Bereichen. Aber ich fühle, dass ich genau das gemacht habe, was ich wollte“, antwortet er.

„Warum wurden Sie für diese Tat ausgewählt?“, fragt Engh.

„Ich wurde gebeten.“

„Haben Sie sich selbst ernannt oder wurden Sie zum Ritter geschlagen?“, setzt Engh nach. Stets spricht sie langsam und deutlich, paraphrasiert Breiviks Aussagen, als redete ein Arzt zu seinem leicht verwirrten Patienten.

„Dazu möchte ich nichts sagen.“

„Wozu gibt es die Tempelritter denn heute?“

„Für Nationalisten und Christen.“

Siv Hallgren, eine der Anwältinnen der Nebenklage, möchte das mit dem Christentum genauer wissen. Sie fragt Breivik nach seiner religiösen Einstellung.

„Ich bin ein bisschen religiös“, sagt er. „Ich glaube an Gott und ein Leben nach dem Tod“, gibt er an. Seine „Ritter“ wollten keine Theokratie einführen, sie seien keine Fundamentalisten.

Nach Nächstenliebe oder dem christlichen Menschenbild wird er nicht befragt. Das ist aus seiner Sicht auch nicht nötig. „Die Debatte um Norwegens und Europas Zukunft hat mit mir nichts zu tun. Ich bin nur ein Werkzeug“, sagt Breivik.

Inga Engh nimmt den Angeklagten und seine Ideologie beim Wort und fragt ihn, ob man nach dem 22. Juli die Todesstrafe hätte einführen sollen. Der Attentäter erwidert: „Das wäre aus vielen Gründen richtig gewesen. Wenn man diese Sache beurteilt, gibt es doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder Freispruch, was unrealistisch ist, oder die Todesstrafe. Ich sehe 21 Jahre Gefängnis als armselige Strafe an.“ 21 Jahre sind die höchste Haftstrafe, die ein norwegisches Gericht für Mord überhaupt verhängen kann. Im Übrigen, fährt Anders Breivik fort, sei es „schade“, dass der Schöffengericht ausgeschlossen werden musste. Tomas Indrebø hatte am 23. Juli 2011 in einem Leserkommentar im Internet geschrieben, dass die Todesstrafe das einzige richtige sei. Offenbar war er sich da mit dem Täter einig.

Ägyptische Schlammschlacht um die Macht

Wahlkommission schließt drei der aussichtsreichsten Kandidaten aus. Präsidentenwahl gerät zur Posse

- Die ohnehin angespannte Lage verschärft sich weiter. Salafisten drohen bereits mit Revolution

AMIRA EL-AHL
KAIRO

Im ägyptischen Präsidentschaftswahlkampf ist nicht nur der ehemalige Geheimdienstchef von Husni Mubarak, Omar Suleiman, aus dem Rennen, sondern auch der Salafisten-Prediger Hazem Abu Ismail und der Muslimbruder Khairat al-Schater. Da half auch der Einspruch gegen die Entscheidung der Wahlkommission nichts. Sie bestätigte den Ausschluss von zehn der 23 Kandidaten. Somit sind drei der aussichtsreichsten und gleichzeitig kontroversesten Kandidaten aus dem Rennen.

Mubaraks Geheimdienstchef Omar Suleiman hatte in letzter Minute seine Kandidatur bekannt gegeben und damit heftige Reaktionen bei den Revolutionären und den Islamisten hervorgerufen. Ihm wird von der Wahlkommission vorgeworfen, nicht die verlangte Anzahl von Stimmen aus den 15 Provinzen gesam-

melt zu haben. In der Provinz Assiut habe Suleiman nur 969 der verlangten 1000 Unterschriften gesammelt. Eine wenig glaubwürdige Argumentation, hatte Omar Suleiman doch in kürzester Zeit die benötigten 30.000 Stimmen zusammen und damit gezeigt, wie groß der Einfluss des Geheimdienstes in Ägypten immer noch ist.

Khairat al-Schater, hochrangiges Mitglied der Muslimbruderschaft und einflussreicher Geschäftsmann, wurde die Teilnahme am Wahlkampf verweigert mit Verweis auf eine langjährige Haftstrafe, zu der er 2007 verurteilt worden war. Auch der Umstand, dass er während der Revolution aus der Haft entlassen wurde, berechtige ihn nicht zur Teilnahme am Wahlkampf – schließlich habe ihn kein Gericht rehabilitiert.

Die Muslimbruderschaft hatte wohl schon damit gerechnet, dass Khairat al-Schater aufgrund seiner Vergangenheit disqualifiziert werden könnte, und deshalb vorsorglich noch andere Kandidaten aus den eigenen Reihen nominiert. Ein wirklicher Ersatz sind sie aber nicht, denn keiner von ihnen kann die Massen so wie al-Schater mobilisieren.

Dabei war es ein anderer, der die Liberalen in Ägypten in Unruhe versetzt hatte und nun ebenfalls ausgeschlossen worden ist: Der aussichtsreichste Kandidat der ultrakonservativen Salafisten, Hazem Abu Ismail, lächelte von unzähligen Postern auf ganz Kairo herab. Es schien, als hätten seine Anhänger an jeden Brückenpfeiler, jede Mauer und jedes Haus ein Poster von ihrem Idol mit dem langen grauen Bart und dem schütterten Haar geklebt. Das Al-Ahram-Zentrum für politische und strategische Fragen bescheinigt dem radikalen Prediger die Aussicht auf 20 Prozent der Stimmen. Nun sind Papiere aufgetaucht, die den ausgeschlossenen Kandidaten weiter in Verruf bringen: Seine inzwischen verstorbene Mutter soll die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen haben. Per Gesetz darf ein Präsidentschaftskandidat, keiner seiner Angehörigen sowie der Ehepartner eine andere Nationalität als die ägyptische besitzen. Hazem Abu Ismail bestreitet die Vorwürfe vehement und wähnt sich als Opfer einer Verschwörung.

Passiv hinnehmen werden seine Anhänger das Urteil sicherlich nicht. Schon am Dienstagabend kam es vor dem Hauptquartier der Wahlkommission zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des Predigers und Sicherheitskräften. Auch Hazem Abu Ismail versuchte, in das Gebäude zu stürmen, wurde jedoch von den Sicherheitskräften davon abgehalten. Er rief seine Anhänger dazu auf, ihren Sitzstreik vor dem Gebäude weiterzuführen. „Ägypten wird eine islamische Revolution erleben“, drohte Hazem Abu Ismail.

Damit zeichnet sich schon jetzt eine weitere Bewährungsprobe auf dem Weg in eine neue, demokratische Ära ab. Sollten die Islamisten Ernst machen und wieder auf die Straße gehen, stehen Ägypten möglicherweise blutige Unruhen bevor. Damit wäre nicht nur die Präsidentschaftswahl in Gefahr, sondern auch der gesamte demokratische Prozess, für den die Ägypter im vergangenen Jahr gekämpft haben.

Sollte der Umergang wie geplant im kommenden Monat stattfinden, gibt es nach der Entscheidung der Wahlkommission zwei Männer, die vom Ausschuss der zehn Kandidaten wohl am meisten profitieren werden: der ehema-

lige Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, und der ehemalige Muslimbruder Abdel Moneim Abul Fotuh. Experten räumen jetzt vor allem Amr Mussa große Chancen ein. Denn die meisten Ägypter wollen einen Präsidenten, der beträchtliche politische Erfahrung hat, bekannt ist und moderate Ansichten vertritt. Abul Fotuh hingegen ist beliebter bei den Revolutionären, weil er im Gegensatz zu Amr Mussa keine Verbindungen zum alten Regime unterhielt und sich immer wieder kritisch über die Militärführung geäußert hat. Vor Letzterem hatte sich Mussa immer wieder gesträubt.

Die endgültige Kandidatenliste wird am 26. April verkündet, der offizielle Wahlkampf beginnt vier Tage später. Sollte es zu keinen Zwischenfällen kommen, wählt Ägypten am 23. Mai in einem ersten Gang. Sollte kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten, kommt es im Juni zu einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen. Doch wenn die vergangenen Monate eines gezeigt haben, dann das: Jegliche Prognose kann schon einen Tag später nicht mehr gültig sein.